

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0864/2013
Auskunft erteilt: Herr Schoenfelder
Ruf: 492-1800
E-Mail: Schoenfelder@citeq.de
Datum: 04.11.2013

Betrifft

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0044/2013 vom 16.09.2013 "Kostenfreies WLAN für Münster" (Anlage)
Antrag der CDU-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0045/2013 vom 16.09.2013 "Verfügbares WLAN als Standortfaktor" (Anlage)

Beratungsfolge

13.11.2013 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen zur Einrichtung eines kostenfreien WLAN (zunächst) in der münsterischen Innenstadt auf der Grundlage des Antrages der SPD-Fraktion Nr. A-R/0044/2013 und des Antrages der CDU-Fraktion Nr. A-R/0045/2013 zu prüfen, in einer Vorlage aufzubereiten und den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Vorbereitung einer Entscheidung über die Einrichtung eines kostenfreien WLAN in der münsterischen Innenstadt verursacht keine besonderen Kosten.

Begründung:

Die Verwaltung schlägt mit dieser Vorlage vor, den Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0044/2013 „Kostenfreies WLAN für Münster“, eingebracht in der Sitzung des Rates am 25.09.2013, und den Antrag der CDU-Fraktion Nr. A-R/0045/2013 „Verfügbares WLAN als Standortfaktor“, Einbringung in der Sitzung des Rates am 13.11.2013, gemeinsam zu behandeln und bereits jetzt ins weitere Verfahren zu geben.

Die beiden Anträge verweisen auf Entwicklungen zu Einrichtung kostenfreier WLAN-Angebote in anderen Städten und betonen auch für Münster die Bedeutung eines solchen Angebots für den Tourismus, den Bildungs- und Wissenschaftsstandort sowie die Bürgerschaft insgesamt.

Zur Realisierung sind verschiedene Vorgehensweisen denkbar, die insbesondere auf die Frage des eigentlichen Trägers der Etablierung eines kostenfreien WLAN-Angebots abzielen. Da bei der grundsätzlichen Entscheidung auch verschiedene technische und haftungsrechtliche Fragen zu klären sind und darüber hinaus insbesondere die Kooperation mit Universität und Fachhochschule zu prüfen ist, schlägt die Verwaltung vor, die Thematik im Rahmen einer Fachvorlage aufzubereiten. Diese wird dem Hauptausschuss nach Vorberatung in den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Ein abschließender Beschlussvorschlag bis zum Jahresende 2013 (wie von der CDU-Fraktion beantragt) erscheint aufgrund der notwendigen Vorarbeiten nicht realistisch.

I. V.

gez.

Wolfgang Heuer
Stadtrat

Anlagen:

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat, Nr. A-R/0044/2013

Antrag der CU-Fraktion an den Rat, Nr. A-R/0045/2013